

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Gleichstellung und Frauen

Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 12. Dezember 2023 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„EU fordert einheitliches Vorgehen gegen Prostitution“.

Begründung:

Das EU-Parlament hat im Kampf gegen die Prostitution europaweite Leitlinien zum besseren Schutz von Frauen und Mädchen gefordert. Unter anderem ist ein Sexkauf-Verbot nach dem sogenannten nordischen Modell geplant. Prostituierte sollen demnach besser geschützt werden und Zugang zu Ausstiegsprogrammen bekommen. Weil Prostitution grenzübergreifend funktioniert und einheitliche Regelungen in den 27 Mitgliedstaaten fehlten, scheiterten bislang Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Ausbeutung. Stattdessen führe die Rechtslage zu mehr Opfern von Menschenhändlern und bilde einen Boden für Organisierte Kriminalität. 20 Jahre nach der Einführung des Prostitutionsgesetzes wird die Anzahl der Prostituierten (Frauen, Männer, Transpersonen) in Deutschland auf ca. 250.000 bis 400.000 geschätzt. Rund 70 Prozent der Prostituierten in der EU sind dem Bericht zufolge Frauen mit Migrationshintergrund aus besonders prekären Verhältnissen.

Wir bitten die Landesregierung um einen einschätzenden Bericht.